

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einheit.“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Beleggeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 50 % für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

## Unsere Weimarer Tagung.

Unser Verbandstag ist zu Ende. Er hat im Volkshaus in Weimar gelagert, wo den Delegierten am Abend vor seinem Zusammentritt von unsrem Weimarer Kollegen ein würdiger Empfang bereitet wurde. Erstklassige Künstler sorgten für gute Unterhaltung, und Kollege Fischer begrüßte die Delegierten mit einer ebenso schönen wie inhaltsreichen Rede, in der er auf die Bedeutung der Dichter- und Musenstadt Weimar und auf die Entwicklung unsrer Weimarer Vereins hinwies. Manches schöne Bild aus den Werken der großen Weimarer Dichtersfürsten flocht er in seine Rede ein, die ausklang in den Wunsch, der Verbandstag möchte gute und fruchtbringende Arbeit leisten.

Der Verbandstag selbst ist ungefähr so verlaufen, wie dies nach Lage der Sache zu erwarten war. Es hat, obwohl kein politischer Punkt auf seiner Tagesordnung stand, besonders beim Vorstandsbereich ziemlich umfangreiche politische Debatten gegeben, wobei die Meinungen jener Delegierten, die politisch auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehen, und die Meinungen der Unabhängigen und Kommunisten zum Teil heftig aufeinanderprallten.

Die Einleitung zu diesen politischen Debatten wurde von den politisch links orientierten Delegierten schon vor Eintritt in die Tagesordnung zu geben versucht. Von Berlin und Chemnitz lagen nämlich Anträge auf Ausschluß des Vorstandsvorsitzenden und des Kollegen Winnig vor, vom Verein Chemnitz außerdem noch ein Antrag auf Ausschluß jener Kollegen, die beim Grenzschutz oder bei den Regierungstruppen im Innern des Landes Dienst tun. Der Verein Chemnitz nennt diese Truppen, obwohl sie zum guten Teil aus Sozialisten bestehen, die „Weiße Garde“. Die Ausschlußanträge gegen Paepow und Winnig waren wegen ihrer politischen Haltung gestellt. Wir hatten die Auffassung, daß sie nicht ernst gemeint waren, sondern nur eine politische Demonstration sein sollten. Der Verbandstag ging denn auch ohne Debatte über sie zur Tagesordnung über.

Waren die Delegierten der Opposition bei diesem Punkte nicht auf ihre Rechnung gekommen, so goltten sie das Verhängnis beim nächsten Punkt der Tagesordnung um so gründlicher nach. An sich bot dieser Punkt zu einer politischen Debatte nur wenig Anhaltspunkte. Ein eigentlicher Redenschäftsbericht war, da es sich um einen außerordentlichen Verbandstag handelte, nicht auf die Tagesordnung gesetzt, sondern nur ein Bericht über den Stand des Verbandes. Man hat diesem Bericht, den Kollege Paepow gab, allerdings noch einen kurzen Bericht des Verbandsschiffes und der Redaktion hinzugefügt; aber alle drei Berichtserfasser beschränkten sich auf eine nüchterne Tatsachendarstellung. Auf die hohe Politik ging keiner von ihnen ein. Das hinderte indessen die Opposition nicht, ihrerseits um so mehr politische Dinge in die Debatte zu ziehen und die ganze Kriegspolitik des Verbandes und der Gewerkschaften, über die der Verbandstag in Nürnberg bereits sein Urteil gefällt hatte, wieder aufs Schärfste zu kritisieren. Dadurch war natürlich auch die andere Richtung zur politischen Stellungnahme gezwungen, so daß man zeitweilig den Eindruck gewann, als ob man nicht auf einem Verbandstag der Bauarbeiter, sondern auf einem Nationalkongress oder auf einem gemeinsamen Parteitag sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien wäre. Von den Unabhängigen und Kommunisten, deren politische Freunde die Monate fast überall im Reich, wo sie aber größeren Einfluß verfügen, gegen die Regierung und die große Volksmehrheit rücksichtslos mit Gewalt vorgehen, wurden bittere Klagen geführt, weil die Regierung Gewalt mit Gewalt vergilt und die Gewerkschaften nicht weit

genug von der Regierung abträden. Von den Rednern der andern Richtung wurde das terroristische Treiben der Spartakisten und ihre gewerkschaftszerstörende Tätigkeit aufs Schärfste kritisiert und die Haltung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften verteidigt. Ganz besonders scharf ging mit den spartakistischen Gewaltpolitikern Kollege Forter ins Gericht. — Schließlich wurden Verbandsvorstand, Verbandsausschuß und Redaktion gegen wenige Stimmen entlastet.

Von den zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträgen wurde ein Antrag des Vereins Münster angenommen, wonach der Verbandsvorstand beauftragt ist, bei der Regierung auf den Abbau der Preise hinzuwirken, ferner ein Antrag Kiel, der den Verbandsvorstand beauftragt, mit andern Bruderverbänden zwecks Verhinderung in Verbindung zu treten. Außerdem wurde beschlossen, daß Verbandsbeamte, die dauernd für Reich, Staat oder Gemeinde gegen Gehalt tätig sind, auf ihren Verbandsposten von andern Mitgliedern ersetzt werden sollen. Mitglieder, die zur Ansohne bei einer Reichs-, Staats- oder sonstigen Behörde vorübergehend beurlaubt sind oder die ein Mandat ausüben, fallen nicht unter diesen Beschluß.

Gatte der erste Punkt der Tagesordnung rund anderthalb Tage in Anspruch genommen, so wurde der Punkt, zu dessen Erledigung der Verbandstag hauptsächlich einberufen worden war: unsere Tarifbewegung — in wenigen Stunden erledigt. Kollege Paepow erstattete das Referat über den Abschluß des Reichstags für das Hochbaugewerbe. Kollege Behrendt das über den Abschluß des Tiefbauvertrages. Die Diskussion war nur kurz. Der Abschluß der Verträge wurde gegen 6 Stimmen genehmigt. Der Verbandstag beschloß, für die bei dieser Tarifbewegung nötigen Streiks die statutarische Streikunterstützung um 50 pSt. zu erhöhen, und zwar rückwirkend vom 1. April an. Die Kindergebühren wurden auf 30 % für den ganzen und auf 15 % für den halben Tag erhöht.

Von den zum Statut gestellten Anträgen wurde nur einer angenommen, nämlich ein Antrag Nürnberg, wonach Kriegsteilnehmer, die bis zum 30. Juni 1919 22 erhöhte Beiträge zahlen, beim Bezug von Unterstützung ebenfalls die erhöhten Sätze bekommen, die von Nürnberger Verbandstag beschlossen worden sind. Ein Antrag Neustadt a. d. O.: Kriegsinvaliden, die nicht mehr im Banberuf arbeiten können, zu gestatten, ihre Mitgliedschaft durch Ablegung von Freimarke fortzusetzen, wurde durch die Erklärung Paepows gegenstandslos, daß das selbstverständlich sei, soweit es sich um arbeitsunfähige Leute handle. Arbeiteten diese Leute aber in einem andern Beruf, so müßten sie in die zuständige Organisation übertreten. In dem Antrag der Reichskonferenzen der Stufarbeiter und Jolierer, den einzelnen Berufsgruppen auf den Verbandstagen eine ihrer Mitgliedszahl entsprechende geordnete Vertretung zu geben, erklärte Paepow, der Vorstand werde diese Frage ernst erwägen und eventuell dem nächsten Verbandstag eine Vorlage unterbreiten. Ein Antrag Kiel, die geplante Invalidenunterstützung noch in diesem Jahre einzuführen, wurde nach seiner Erklärung Paepows zurückgezogen. Alle andern zum Statut gestellten Anträge wurden abgelehnt oder durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Für das Baugewerbe am bedeutungsvollsten wird sich zweifellos der vorletzte Punkt der Tagesordnung des Verbandstages erweisen: Die Sozialisierung des Baugewerbes. Dieser Punkt wurde erst in Weimar auf die Tagesordnung gesetzt, nachdem kurz

vor dem Verbandstag noch ein Antrag der Bezirkskonferenz Leipzig eingegangen war, in dem unter andern die staatliche Kontrolle der Baustoffherzeugung und die staatliche Regelung der Warenverteilung sowie die Ausführung der Staats- und Gemeindebauten in eigener Regie gefordert wurden. Das Referat zu diesem Punkt hielt Kollege Ellinger, der sich grundsätzlich für die Vergegesellschaftung der Produktionsmittel im allgemeinen und für die Vergegesellschaftung des Baugewerbes im besonderen aussprach. Erreichend will er die Vergegesellschaftung durch Ueberführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in das Eigentum des Reiches, der Staaten und Gemeinden und durch die Umwandlung der alten staatlichen und gemeindlichen Herrschaftsinstitutionen zu Verwaltungsbehörden großen Stils unter weitgehendster Mitwirkung der Arbeiterschaft. Kollege Ellinger äußerte dabei allerdings die Ansicht, daß die Sozialisierung nur durchführbar sei und daß sie eine Besserung des Loses der Arbeiterschaft nur dann zur Folge habe, wenn unsere Arbeiterschaft getragen sei von einem hohen Pflichtbewußtsein und Verantwortungsgesühl. Von diesen Gedanken ausgehend legte er dem Verbandstag folgende Entschliessung vor:

Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes steht in der Frage der Sozialisierung auf dem Boden des sozialdemokratischen Erfurter Programms, das die Vergegesellschaftung des Privateigentums an Produktionsmitteln fordert.

Als Mittel, der Vergegesellschaftung der Produktionsmittel näher zu kommen, betrachtet der Verbandstag die Ueberführung der dafür reifen kapitalistischen Betriebe in den Besitz von Reich, Staaten und Gemeinden und die Umgestaltung der öffentlichen politischen Körperschaften zu Verwaltungskörperschaften großen Stils unter weitgehendster Mitwirkung der Arbeiterschaft.

Der Verbandstag fordert vom Reich, von den Einzelstaaten und den Gemeinden die möglichst rasche Förderung dieser Einrichtungen. Er ist überzeugt, daß neben der Ueberführung der hochkapitalistischen Betriebe der Berg- und Hüttenindustrie, des Verkehrswesens, der Gas- und Elektrizitätsindustrie in den Besitz des Reiches, der Einzelstaaten oder der Gemeinden auch das Baugewerbe zur schrittweisen Vergegesellschaftung reif ist.

Insondere fordert der Verbandstag die möglichst rasche Annahmefähigkeit der Bauhoffertstellung und des Kleinwohnungsbaues durch Einzelstaaten und Gemeinden sowie die Enteignung des für den Kleinwohnungsbaue und für die etwaige Neuanlage von staatlichen und kommunalen Industriebauten nötigen Geländes.

Soweit die Baustoffindustrie zur Verstaatlichung oder Kommunalisierung noch nicht reif ist, fordert der Verbandstag die Unterstellung dieser Industrie sowie des Baustoffhandels unter staatliche Kontrolle.

Der Verbandstag weiß, daß die Verstaatlichung und Kommunalisierung der Produktionsmittel nur dann den Erfolg haben kann, Deutschland aus seiner heutigen elenden Lage herauszuführen, wenn durch sie der Ertrag der Arbeit gesteigert wird. Er erwartet deshalb von den Mitgliedern des Verbandes, daß sie in verstaatlichten oder kommunalisierten Betrieben mit voller Hingabe an die Sache der Allgemeinheit arbeiten.

Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, mit aller Kraft für die Durchführung der in dieser Entschliessung niedergelegten Gedanken zu wirken. Er soll sich zu diesem Zweck mit den Reichs- und Staatsbehörden sowie mit Vertretern der freien Architektenschaft und mit andern an der Sozialisierung des Baugewerbes interessierten Körperschaften in Verbindung setzen, um die Möglichkeit der Sozialisierung in einzelnen zu klären und die Sozialisierung selber zu fördern.

In der Aussprache über diesen Punkt offenbarte sich noch einmal der Gegensatz zwischen den demokratischen Sozialisten auf der einen und den Kommunisten und Unabhängigen auf der andern Seite. Die einen wollen die Sozialisierung, oder besser: die Vergegesellschaftung



der Produktionsmittel auf demokratischem Wege durchzuführen, die andern verlangen die Anwendung der proletarischen Diktatur. Die einen wollen, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln in den Besitz des Volkes, der Staaten und der Gemeinden übergeht, daß von diesen die Produktion unter weitgehendster Mitverwaltung der Arbeiterschaft betrieben und auf diesem Wege die sozialistische Gesellschaft geschaffen werde; die andern verlangen die Anfristung der Arbeiterschaft und die Leitung der Produktion durch sie. Ueber den Umfang und die Schnelligkeit der Sozialisierung, über die Leitung des Produktionsprozesses und die Meinungen auf dem Verbandstag sind die Anhänger der sozialdemokratischen Partei gespalten. — Der Verbandstag stimmte schließlich der Resolution Ellinger gegen 2 Stimmen zu. Der Antrag des Bezirks Leipzig wurde zurückgezogen.

Zu Anfangs waren noch die Gehälter der Verbandsgeschäftsstellen mit der herrschenden Teuerung und den Lohnerhöhungen unserer am Bau arbeitenden Kollegen einzunehmen in Einklang gebracht. Dann nahm Kollege D e c h n e als Ausschussvorsitzender Abschied vom Verband, indem er bat, in Zukunft jede Jersplitterung und jeden Streit zu unterlassen. Damit werde seine schwebelnde Tätigkeit für unsere Organisation am besten besorgt. Kollege Paeplov würdigte die Verdienste Dachsens um den Verband und wünschte ihm namens des Verbandes noch des ganzen Jahres noch ruhige und glückliche Tage. Möge er das Wohlwollen und Gedenken des Verbandes noch Jahrzehnte in körperlicher und geistiger Frische erleben. Als Nachfolger Dachsens wurde Kollege O t t o H a n k e, Berlin, gewählt. Auf eine Ersatzwahl für den aus dem Vorstande ausgeschiedenen Kollegen Winnig wurde vorläufig verzichtet. Seine Arbeit für das literarische Bureau soll bis auf weiteres von der Redaktion des „Grundstein“ mit erledigt werden.

Nachdem noch die Wahlen zum Gewerkschaftskongress vorgenommen waren und der Verbandstag eben geschlossen werden sollte — ein Teil der Delegierten war schon reisefertig —, pläzte die Opposition plötzlich noch mit einem Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes hervor, der einen rüchmischen Schluss zur Folge hatte. Auch hierbei schilderte die Opposition noch einmal die Beschwerden, die ihr und auch der übrigen Bevölkerung durch den Belagerungszustand aufgebürdet werden. Von der andern Seite wurde darauf hingewiesen, daß ja gerade die Spartakisten und ihre Anhänger durch ihr gewalttätiges Treiben die Verhältnisse herausbeschworen, durch die die Regierung zur Verkündung des Belagerungszustandes getrieben werde. Der Antrag wurde abgelehnt, was festige Ausfälle der Opposition zur Folge hatte.

Kollege Paeplov mahnte in seinem Schlusswort zur gegenseitigen Duldsamkeit und Einigkeit sowie zur rastlosen Arbeit für den Verband, den wir noch viele Jahre dringend nötig hätten. Dann gingen die Delegierten unter dem Gesänge der Arbeitermarschallise auseinander.

Wir lassen nun einen ausführlichen Verhandlungsbericht folgen. Leider stehen uns auch diesmal nur 4 Seiten Raum zur Verfügung, so daß wir den Bericht auf mehrere Nummern verteilen müssen.

**Erster Verhandlungstag.**

Weimar, 4. Mai.

Der Verbandstag tagt im großen Saal des Volkshauses. Er ist besetzt von 139 Delegierten, 23 Bezirksleitern, 5 Vorstandsmitgliedern, 1 Vertreter der Redaktion und 2 Vertretern des Verbandsausschusses. Die Generalkommission ist durch den Kollegen Silber Schmidt vertreten, die Bauarbeiterkommission durch Heintze, der Steinarbeiterverband durch Walter. Es fehlt fast der ganze Bezirk München sowie einige Delegierte aus den besetzten Gebieten. Vertreter von ausländischen Bruderorganisationen sind nicht erschienen. Der Vorstand des Verbandes der Dachdecker, der sich angemeldet hatte, ersucht um sein Fernbleiben durch Ueberführung mit Arbeiten.

Paeplov eröffnet den Verbandstag, dankt den Weimarer Kollegen für den freundlichen Empfang und spricht die Hoffnung aus, daß die sehr nichtsterne Tagesordnung glatt und kurz erledigt werden würde.

Der Verbandstag konstituiert sich. Zu Vorsitzenden werden gewählt: Paeplov, Wegrend und D e n t h a l z; zu Schriftführern: Ulrich (Kugelsburg), Greshan (Zena), Her (Eggenh), Haldenberg (Berlin), Jäger (Gala), Karl Schneider (Frankfurt a. M.).

Es werden nun zunächst die Anträge 1 bis 3 zur Debatte gestellt. Sie lauten:

1. Berlin, Spandau. Die beiden Verbandsmitglieder Fritz Paeplov und August Winnig sind wegen ihrer arbeitserfindlichen Gesinnung und ihrer reaktionären Betätigung aus dem Verbands der Bauarbeiter auszuschließen.
2. Chemnitz. Der Gouverneur August Winnig ist aus dem Verbands auszuschließen.

3. Chemnitz. Alle Mitglieder, die der weissen Garde angehören, sollen aus dem Verbands ausgeschlossen werden.

H e m m e r s b a c h, Göttingen: Es lohnt sich wohl nicht, mit diesen Anträgen unsere kostbare Zeit zu vergeuden. Ich beantrage Uebergang zur Tagesordnung.

G o l l m i e r, Berlin: Die Anträge sind von Mitgliedern in Verbands aufgeworfen. Daher müssen sie besprochen werden. Der Uebergang zur Tagesordnung wird mit überwiegender Mehrheit beschlossen.

Hierauf wird die Geschäftsordnung in der bisher üblichen Form angenommen. Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt: 1. Bericht des Vorstandes, der Redaktion und des Ausschusses; 2. Tarifvertrag; 3. Regelung der Gehälter der Angestellten; 4. Erledigung der Anträge zum Statut und sonstige Anträge; 5. Sozialisierung des Baugewerbes (wobei auch die Frage der Stellung der Gewerkschaften zum Mietwesen besprochen werden soll); 6. Wahlen.

Auf Antrag von G l a u s, Berlin, ehet der Verbandstag das Mandat der bei der politischen Bewegung in Berlin gefallenen Verbandsmitglieder durch Erben von den Wägen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten und zunächst der Bericht des Verbandsvorstandes entgegengenommen.

Paeplov: Seit dem letzten ordentlichen Verbandstag in Nürnberg ist außerordentlich viel geschehen, was auch den Deutschen Bauarbeiterverband bewegt. Noch bevor die Revolution ausbrach, hatte sich bei den Unternehmern die Ansicht durchgesetzt, daß sie ohne größere Zugeständnisse an uns nicht auskommen könnten, und es war zur Bildung der sogenannten großen Arbeitsgemeinschaft gekommen, gegen die betamäßig bei einem Teil unserer Kollegen Zustimmung herrschte. Aber ich glaube, diese Willkommung wird sich legen, wenn sie gründlich darüber nachdenkt, was diese Arbeitsgemeinschaft eigentlich ist und was sie den Arbeitern schon für praktische Fortschritte gebracht hat. Ist doch auf Grund dieser Arbeitsgemeinschaft vereinbart worden, daß sofort, vom 15. November an, die achttägige Arbeitszeit überall einzuführen sei, wo sie noch nicht bestand oder die Arbeitszeit nicht länger war, und daß für alle Arbeiter, die vorher eine längere Arbeitszeit hatten, der Stundenlohn entsprechend zu erhöhen sei. Durch die Gesetzgebung nach der Revolution ist betamäßig der Achtstundentag erst vom 1. Januar an eingeführt worden. Die Umrechnung der Arbeitszeit hat in unserm Verein besondere Schwierigkeiten gemacht, weil zur damaligen Zeit im Baugewerbe die Arbeitszeit nicht länger als 8 Stunden war. Nach dem Wortlaut der Vereinbarung wäre also eine Erhöhung des Lohnes für unsere Kollegen nicht in Frage gekommen. Das hätte aber geradezu zu einer Revolution bei unsern Kollegen führen müssen. Die Frage wurde dann auch durch ein Schiedsgericht zu unsern Gunsten in der Weise entschieden, daß die Umrechnung vom 30. November an zu geschehen habe. Freilich hat die Durchführung noch an manchen Orten Schwierigkeiten gemacht. Dies Ganze war also eine Arbeit, die von den Vertretern der Gewerkschaften eingeleitet und durchgeführt worden ist. Die Arbeitsgemeinschaft ist natürlich auch eine Stütze der Unternehmer; das trifft aber auf jeden Tarifvertrag zu. Wir hatten schon zu Beginn des Krieges mit unserm Unternehmertum eine Arbeitsgemeinschaft verabredet, um unsere Mitglieder gegen den Vordruck zu schützen und ihnen Arbeit zu verschaffen, und wir haben dasselbe nach Beendigung des Krieges getan, auch um Arbeitslosigkeit für die Mitglieder zu schaffen und Baustoffe herbeizuführen sowie die Beschaffung von Gelddarlehen zu fördern, damit das Baugewerbe nicht brachliege. Das ist natürlich ebenfalls eine Stütze des Unternehmertums; denn darin wird nicht ausgesprochen, daß das Unternehmertum überflüssig ist und abzutreten hat, sondern Unternehmer und Arbeiter werden verpflichtet, gemeinsam auf die Regierung, Reichstag, Gemeindeverwaltung usw. einzuwirken, um Arbeit, Woulstoffe und Geld für das Baugewerbe zu beschaffen. Besonders truchbar hat diese Tätigkeit leider nicht sein können, weil bei den jetzigen Verhältnissen eben niemand imstande ist, solche Versprechungen in die Tat umzusetzen. Jedenfalls kann man nicht sagen, daß durch solche Bestrebungen nur das Unternehmertum gefördert würde und die Arbeiterschaft Schaden erlitt. Einen greifbaren Nutzen haben wir durch die Arbeitsgemeinschaft insofern gehabt, als die Sicherstellung der achttägigen Arbeitszeit bei uns viel früher eingetreten ist, als das sonst geschehen wäre.

Der Redner macht dann Mitteilungen über den Stand des Verbandes. Die Mitgliederzahl, die vor dem Krieges 310000 betrug, war im Krieges gesunken bis auf 79179 und ist inzwischen wieder gestiegen auf 268000 bis Mitte April. Es fehlen uns also noch immerhin 45000 Mitglieder. Gegen andere Verbände ist der Bauarbeiterverband im Rückstand geblieben. Woran liegt das? (Zuruf: Das sind die Folgen Kurver Politik! — Lachen.) Wenn überall eine so gute Politik geführt wäre wie im Deutschen Bauarbeiterverband, dann würde es glänzend stehen um Deutschland, und die deutschen Arbeiter wären überall gut aufgehoben. (Sehr richtig!) Mitglieder ist ja auch die Politik der Verbände, die mehr an die Bedürfnisse der Arbeiter gehen. Was das Zurückbleiben der Organisation muß noch andere Gründe haben. (Sehr richtig!) Es hängt offenbar zusammen mit dem Zaniederliegen des ganzen Baugewerbes. (Sehr wahr!) Auch im Krieges hatten wir ja in der Hauptsache nur Werkstättenarbeit ausgeführt, und unser Beruf hat besonders stark unter den Einwirkungen zum Zerbreiten gelitten. Wir hatten nach unserer Statistik insgesamt 199870 Mitglieder im Verbands, wovon 19798 als gefallen gemeldet sind. Die wirklichen Zahlen werden zweifellos viel größer sein. Dann gibt es auch keinen Beruf, wo die Mitglieder so in den kleinsten Dörfern zusammengefaßt werden müssen, und diese Dislokationsarbeit leidet natürlich außerordentlich unter den Verkehrs-schwierigkeiten. Trotzdem werden wir alles daransetzen müssen, um die frühere Mitgliederzahl zu erreichen und weit darüber hinauszukommen.

Die Finanzen unseres Verbandes sind verhältnismäßig gut: wenn uns nicht durch den Krieg besondere Ausgaben an Familienunterstützungen und Zuschüssen zur Verwaltung der einzelnen Vereine usw. erwachsen wären, würden wir vielleicht heute ein Verbandsvermögen von etwa 25 Millionen haben. Die Ausgaben für die Gewerkschaftenvermittlung in diesem Frühjahr werden etwa 2 bis 4 Millionen betragen. Trotz der großen Not war also die Arbeitslosigkeit noch immerhin erträglich. Mitte April hatten wir einen Stand der Arbeitslosigkeit, wie er auch vor dem Krieges um diese Zeit gewesen ist. Die Ausgaben für die Krankenunterstützung sind durch die schlechte Ernährung erheblich gestiegen. Die internationalen Verbindungen haben während des Krieges natürlich so gut wie gar nicht funktioniert. Wo sie möglich waren, haben wir uns dahin verstanden, daß die Bauarbeiter-Internationale aufrechterhalten werden solle und an ihren Ausgaben gedacht werden müsse. Sobald der Frieden wirklich abgeschlossen ist und die Verkehrserschwerungen aufgehoben, soll eine internationale Konferenz anberaumt werden. Vorussichtlich kann sie noch in diesem Jahre in Amsterdam stattfinden. Der Redner bespricht dann die Frage des Wieder-aufbaues Nachbrenntreid und Belgien und stellt dabei in Aussicht, daß die deutschen Arbeiter bereit sein würden, unter gewissen Voraussetzungen an diesem Wiederaufbau mitzuwirken. Auf die Frage der Sozialisierung und der Mietpolitik will ich jetzt nicht eingehen. Nur das eine möchte ich sagen, daß selbst bei den akkumuliertesten Anschaffungen, die man über die Sozialisierung haben kann — und ich habe sie —, die Gewerkschaften nach wie vor und vielleicht noch mehr als früher betroffen sein müssen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so zu verbessern, daß sie dem Stande der Lebenshaltung gleich kommen, die gewährt werden kann in einem Staate, der nicht mehr an sich hat von Klassen-, vom Kampfcharakter, sondern wo alle Menschen in Wirtschaft gleich sind. Wir müssen also versuchen, durch die Macht der Gewerkschaften diesen Zustand so nahe wie möglich zu kommen. Da haben wir gerade im Baugewerbe noch mit sehr vielen Widerständen zu rechnen, die wir nicht ohne weiteres aufgeben und agitatorischen und organisatorischen Gebiet bevor, um die Bauarbeiter zu organisieren, zu erziehen, um den Menschen zu sozialisieren, damit er zeitlich für die Ueberführung der Betriebe in die Gemeinwirtschaft. Deshalb sage ich: wenn auch hier und da mancher vielleicht verlässliche Anwandlung hat, als habe es keinen Wert mehr, für die Organisation zu arbeiten, so sollen und dürfen wir uns von solchen Anwandlungen nicht unterliegen lassen, sondern müssen sagen: nun erst recht, nun, wo die Wägen viel freier geworden ist für unsere Betätigung, wollen wir es als unsere Ehrenpflicht erachten, auch den letzten Mann, der in unserm Baugewerbe Untertun findet, zu organisieren und zu einem Menschen zu betreiben, der nicht nur arbeitet und lebt, sondern auch klar denkt, der sich zum Sozialismus bekennt und demgemäß handelt. (Beifall und Beifall.)

wo von 19798 als gefallen gemeldet sind. Die wirklichen Zahlen werden zweifellos viel größer sein. Dann gibt es auch keinen Beruf, wo die Mitglieder so in den kleinsten Dörfern zusammengefaßt werden müssen, und diese Dislokationsarbeit leidet natürlich außerordentlich unter den Verkehrs-schwierigkeiten. Trotzdem werden wir alles daransetzen müssen, um die frühere Mitgliederzahl zu erreichen und weit darüber hinauszukommen.

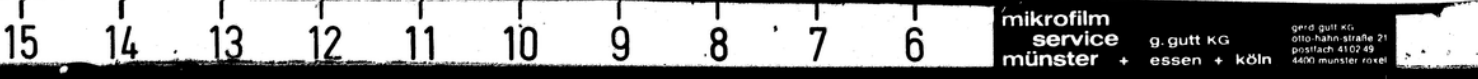
Die Finanzen unseres Verbandes sind verhältnismäßig gut: wenn uns nicht durch den Krieg besondere Ausgaben an Familienunterstützungen und Zuschüssen zur Verwaltung der einzelnen Vereine usw. erwachsen wären, würden wir vielleicht heute ein Verbandsvermögen von etwa 25 Millionen haben. Die Ausgaben für die Gewerkschaftenvermittlung in diesem Frühjahr werden etwa 2 bis 4 Millionen betragen. Trotz der großen Not war also die Arbeitslosigkeit noch immerhin erträglich. Mitte April hatten wir einen Stand der Arbeitslosigkeit, wie er auch vor dem Krieges um diese Zeit gewesen ist. Die Ausgaben für die Krankenunterstützung sind durch die schlechte Ernährung erheblich gestiegen.

Die internationalen Verbindungen haben während des Krieges natürlich so gut wie gar nicht funktioniert. Wo sie möglich waren, haben wir uns dahin verstanden, daß die Bauarbeiter-Internationale aufrechterhalten werden solle und an ihren Ausgaben gedacht werden müsse. Sobald der Frieden wirklich abgeschlossen ist und die Verkehrserschwerungen aufgehoben, soll eine internationale Konferenz anberaumt werden. Vorussichtlich kann sie noch in diesem Jahre in Amsterdam stattfinden. Der Redner bespricht dann die Frage des Wieder-aufbaues Nachbrenntreid und Belgien und stellt dabei in Aussicht, daß die deutschen Arbeiter bereit sein würden, unter gewissen Voraussetzungen an diesem Wiederaufbau mitzuwirken.

Auf die Frage der Sozialisierung und der Mietpolitik will ich jetzt nicht eingehen. Nur das eine möchte ich sagen, daß selbst bei den akkumuliertesten Anschaffungen, die man über die Sozialisierung haben kann — und ich habe sie —, die Gewerkschaften nach wie vor und vielleicht noch mehr als früher betroffen sein müssen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so zu verbessern, daß sie dem Stande der Lebenshaltung gleich kommen, die gewährt werden kann in einem Staate, der nicht mehr an sich hat von Klassen-, vom Kampfcharakter, sondern wo alle Menschen in Wirtschaft gleich sind. Wir müssen also versuchen, durch die Macht der Gewerkschaften diesen Zustand so nahe wie möglich zu kommen. Da haben wir gerade im Baugewerbe noch mit sehr vielen Widerständen zu rechnen, die wir nicht ohne weiteres aufgeben und agitatorischen und organisatorischen Gebiet bevor, um die Bauarbeiter zu organisieren, zu erziehen, um den Menschen zu sozialisieren, damit er zeitlich für die Ueberführung der Betriebe in die Gemeinwirtschaft. Deshalb sage ich: wenn auch hier und da mancher vielleicht verlässliche Anwandlung hat, als habe es keinen Wert mehr, für die Organisation zu arbeiten, so sollen und dürfen wir uns von solchen Anwandlungen nicht unterliegen lassen, sondern müssen sagen: nun erst recht, nun, wo die Wägen viel freier geworden ist für unsere Betätigung, wollen wir es als unsere Ehrenpflicht erachten, auch den letzten Mann, der in unserm Baugewerbe Untertun findet, zu organisieren und zu einem Menschen zu betreiben, der nicht nur arbeitet und lebt, sondern auch klar denkt, der sich zum Sozialismus bekennt und demgemäß handelt. (Beifall und Beifall.)

Bericht des Ausschusses und der Redaktion. D a c h n e gibt einige Ergänzungen zu dem schriftlich vorliegenden Bericht des Ausschusses. Aus Göttingen verlangt, daß einem Kollegen Unzuchtunterstützung gewährt werden soll, der an einem politischen Streik beteiligt war und als Ausländer ausgewiesen worden ist. Das mußte der Ausschuss nach dem Statut ablehnen.

In seinem Bericht der Redaktion macht Ellinger zunächst auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, mit der Expedition des „Grundstein“ in dieser Zeit zu rechnen hat. Es sind viele Beschwerden eingegangen, daß das Blatt zu spät ankomme oder überhaupt nicht eingehe. Daran trägt die Expedition keine Schuld; die Zeitung wird regelmäßig am Dienstag zur Post gegeben. Wenn sie nicht rechtzeitig ankommt, so liegt das an den Verkehrserschwerungen, die zurückzuführen sind auf den Wagenmangel und auf den Koffenmangel infolge der gestrichelten Streiks der Bergarbeiter. Die Nr. 10 des „Grundstein“ ist für Schlesien, einen großen Teil von Sachsen und Bayern ganz verlorengegangen. Der Verband dieser Nummer fiel gerade in die Zeit der Unruhen in Berlin und andern Gebieten. Von vielen Vereinen wird gewünscht, daß der „Grundstein“ früher zur Post gegeben werde. Das ist nicht möglich, wenn nicht der Redaktions-leitung auf Sonnabend verlegt werden soll. Eine solche Verlegung würde sich nicht empfehlen. Dadurch würde die Zeit zwischen Redaktionsabschluss und der Zeit, wo die Kollegen den „Grundstein“ in die Hände bekommen, noch länger, die Nachrichten, besonders über Konferenzen, würden noch mehr veralten. Auch würde bei den jetzigen Verkehrsverhältnissen durch den Redaktionswechsel, wenn Sonnabend noch garantiert, daß unsere Vereine die Blatte rechtzeitig bekommen. Neuebestellungen und Umstellungen sowie Korrekturen sollten der Redaktion so früh wie möglich mitgeteilt werden, damit sie noch rechtzeitig werden können. Die Expedition muß am Montag spätestens mittags, wie groß die Auflage sein soll. Vieles kann auch direkt schriftliche Beschwerden vor; wenn statz acht Seiten nur vier geliefert werden, so beschränkt man sich sofort über angelegte sendende Blatte, statz den Inhalt der Blatte erst nachprüfen. Wenn das „Korrespondenzblatt“ oder die „Arbeiterjugend“ einmal nicht beilieg, so liegt das daran, daß wir sie nicht rechtzeitig bekommen. Beschwerden sind in solchen Fällen ganz nutzlos. Von einzelnen Vereinen wird die Mitlieferung von andern



gewerkschaftlichen Zeitungen, wie des Organes der Glasarbeiter usw., verlangt. Diese können wir nicht liefern. Der Verband in das bestellte Gebiet, von dem wir eine Zeitung ganz abgeschrieben waren, ist mit besonders großen Schwierigkeiten verknüpft. Immerhin können wir jetzt unsere dortigen Kollegen durch die Vermittlung von Buchhandlungen den „Grundstein“ wieder liefern.

Was die Nebaktion anlangt, so sind wir leider durch den Papiermangel verhindert worden, auf die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Fragen ausführlicher einzugehen. Wir mußten uns in der Hauptsache auf berufliche Angelegenheiten beschränken. Ich fürchte, daß diese Zustände nicht aufgehoben werden, solange der heutige wirtschaftliche Zustand in Deutschland nicht behoben wird, solange die Bergarbeiterstreiks nicht aufgehoben und die Papierfabriken nicht genügend mit Kohlen beliefert werden können.

Nach dem Ausschusses Winnigs aus dem Vorstand sind mit einer Reihe literarischer Arbeiten übertrugen, die er früher erledigt hatte. Dadurch war es notwendig, daß Kollege Otto, der nach seiner Rückkehr vom Militär mit anderen Arbeiten beschäftigt war, wieder an „Grundstein“ mitarbeiten mußte. Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht unterlassen, zu betonen, daß wir von dem Kollegen Winnig eine außerordentlich tüchtige Kraft verloren haben. (Vollmündl-Werke: Seine ganze Haltung im Kriege war ein Jermind) Das ist seine Meinung. Andere Delegierte werden darüber anderer Meinung sein. Kollege Winnig wird nicht so leicht zu ersetzen sein. (Zurücknahme.)

**Ansprache.**

**Gottschalk, Leipzig:** Große Kreise der Mitglieder sind mit der Haltung des Vorstandes sehr unzufrieden, der ganz im Fahrwasser der Generalkommission fegelt und die Maßnahmen der Regierung unterstützt hat. Das ist die Ursache, daß so viele Kollegen jetzt unserer Organisation fernbleiben. (Sehr richtig! und Geschrei.) Zweitmal hat der Vorstand den Fesler gemacht, langfristige Tarifverträge mit den Unternehmern abzuschließen; dadurch wurden wir an Händen und Füßen gebunden. Was in die Debatte geht hat sich der Vorstand durch die Schreibweise des „Grundstein“, kurz vor der Revolution hat Winnig geschrieben: „Die Gestalt der Revolution ist vorüber.“ Das beweist, daß die Vorstandsmitglieder nicht mit den Mitgliedern denken und fühlen. (Sehr richtig!) Das ist die jetzige Regierung mit der Sozialisierung nicht ernst meint, beweist die Tatsache, daß Wiffel in Leipzig sagte: „Eine völlige Freigabe des Handels hätte ich noch nicht für möglich.“ Er stellt also diese Freigabe als Weltproblem für später in Aussicht. Das ist keine Sozialisierung. Wenn der Redakteur auf den Papiermangel hinweist, so meine ich, unter einer sozialistischen Regierung dürften die bürgerlichen Wälder nicht überflüssig an Papier haben, während Gewerkschafts- und Parteiveranstaltungen fortgesetzt über Papierknappheit klagen. (Sehr richtig!)

**Heinrich Osting:** Dadurch, daß der Vorstand die Anträge 1 bis 3 vorweggenommen hat, ist der Verbandstag aberumpelt. Hat der Vorstand etwa Angst gehabt vor der Begründung der Anträge? Der Ausschluß des Kollegen Winnig wäre sehr ungeschicklich gewesen. Er wird bei uns in national-liberalen Zeitungen über den Scheiternsgehalt. In der Papierknappheit haben die Bergarbeiter seine Schuld. Bei uns fordert jeder dratlose Offizier durch Plakate zur Bildung von Mäuserbänden auf. Würde dieses Papierbestagnamit, dann hätte der „Grundstein“ auch mehr Papier.

**Olmi & Berlin:** Der Antrag Berlin-Spandau hätte bei richtiger Handhabung der Geschäftsordnung zur Debatte gestellt werden müssen. Der Aufschub ist nicht durch die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern gekommen, wie Paepflow meinte, sondern die Revolution hat uns den Aufschub entzogen. Die Umrechnung des Stundenlohnes haben wir bei dieser Gelegenheit in Berlin in einem Schrage durchgesetzt, weil die Unternehmer mußten, daß in Berlin eine etwas energiereichere Kollegenpolitik vorhanden ist. (Große Heiterkeit.) Die Politik der sozialdemokratischen Mehrheitspartei und der Generalkommission, die der Verbandsvorstand mitgemacht hat, ist daran schuld gewesen, daß Deutschland zugrunde gegangen ist. Das haben die Unabhängigen schon 1916 gesagt, und sie haben Recht behalten. Wegen die zwingende Festhaltung der deutschen Gefangenen in Belgien werden wir gewiß alle protestieren; aber diejenigen haben dazu kein Recht, die bei dem Frieden von Brest-Litowsk nicht dafür eingetreten sind, daß die russischen Gefangenen nach Russland zurückgeführt werden. Kollege Winnig hat Berufungsloos für den Verband gestellt. Er hat zuerst 1915 im „Grundstein“ geschrieben: „Sollten die Ansuchen der Minderheit zum Durchbruch kommen, dann müßten die Gewerkschaften aus sich heraus ein Aktionszentrum schaffen.“ Das war die Drohung mit der Spaltung der Partei. Die Partei sah in Winnig einen außerordentlich begabten, intelligenten und einflussreichen Führer der Gewerkschaften, und infolge dieser Drohung kam es dann zu der Trennung. Winnig ist gewiß ein sehr intelligenter, geschulter, gebildeter und aufgeregter Mann; aber seine Stellungnahme im Kriege war von Anfang an falsch, und er hat seinen ungeheuren Einfluß wie kein zweiter ausgenutzt, um seinen falschen Standpunkt zum Durchbruch zu verhelfen. Wenn heute auf den Schlachtfeldern von Mesopotamien oder auf dem Meeresspiegel so viele Menschen toben, so ist das nicht zuletzt auch Winnig zu verdanken. (Große Unruhe.) Er hat seinen ganzen Einfluß zur Verhängung des Krieges in die Waagschale geworfen. (Große Unruhe und Aufregung.) (Winnig: Ich bitte Sie, in Zukunft die Hände etwas besser aufzukapfen, damit der Verbandsvorstand nicht wieder eine Politik treibt, die zur Schädigung der allgemeinen proletarischen Interessen führt. Was das Proletariat in Zukunft andere Wege sehen, Wege, die uns vorgezeichnet sind durch die Revolution.

**Fröhlich, Göttingen:** Es ist schwer, nach der eben gehörten Rede auf das nächste gewerkschaftliche Gebiet wieder zurückzutreten. (Sehr richtig!) Trotz des Darniederliegens der Bauaktivität müßte es möglich sein, den Mitgliederstand erheblich zu erhöhen. In Göttingen, wo wir gegenwärtig gar keine private Bauaktivität haben, haben wir so gut wie alles organisiert. Die Schuld, wenn wir trotz der jetzt vorliegenden Arbeitslosigkeit an vielen Orten nicht weiterkommen, liegt an dem Geld, der hier und da herrscht und der eben in den Ausführungen der Vorredner zum Ausdruck kam. (Sehr richtig!) Wenn man solche Reden in Mitgliederversammlungen vor Unorganisierten hält, so muß man ja jeden ehrlich denkenden Arbeiter von der Organisation abstoßen. (Sehr wahr!) Der Vorredner bezeichnet sich als Sozialdemokrat. Aber ein Sozialdemokrat muß doch vor allem die Meinungsfreiheit hochhalten. Er darf nicht davor eintreten, daß einem Angestellten Entschädigung auf den Wagen verweigert werden, nur aus dem Grunde, weil er eine andere politische Überzeugung hat. Anders sind doch die Anträge 1 bis 3 nicht zu verstehen. Wir haben es gefühlt den Kapitalisten gegenüber immer auf das Schwere erwartet, wenn er seinen Angehörten keine Freiheit der politischen Meinung ließ und haben das als Knechtschaft und Unterdrückung bezeichnet. Wenn wir in Göttingen so gute Erfolge mit der Organisation haben, so führe ich das daraus zurück, daß dort der politische Streit nicht so in die Erscheinung tritt, und daß man es eben Kollegen überläßt, seine eigene politische Auffassung zu haben. Wir haben hier in erster Linie Gewerkschaftsarbeit zu leisten und sind nicht dazu da, Gesinnungsschnüffel zu treiben. Gesinnungsschnüffel ist es, wenn man in einem Zweigverein Angestellte absetzt, weil sie nicht zu den Unabhängigen gehören. (Sehr wahr!) Ob wir uns in Zukunft bereit erklären, Frankreich und Belgien aufzugeben, um zu helfen, wird lediglich von den Bedingungen abhängen, die gestellt werden. Wenn wir dadurch erreichen könnten, daß unsere Kriegsgefangenen möglichst bald in Freiheit gesetzt werden, würde ein großer Teil unserer Mitglieder zweifellos gern bereit sein, eine zeitlang dort zu arbeiten. (Sehr richtig!) Momentan haben wir ja in Deutschland noch überflüssige Arbeitskräfte in Halle und Halle. Allerdings hoffen wir, daß demnächst die Vermunft liegt. Die Behauptung, daß die Kriegspolitik des Verbandsvorstandes den Krieg verlängert habe, ist so falsch, daß sie nicht ernst genommen werden kann. Die Politik des Verbandsvorstandes ist auf allen Verbandstagen gebilligt worden; also trägt die gesamte Kollegenschaft die Verantwortung. Wenn der Vorstand während des Krieges die Meinung vertreten hat, Deutschland müßte liegen, so bin ich noch heute der Ansicht, daß das im Interesse des deutschen Volkes gelegen hätte. Wir konnten nicht wünschen, daß das deutsche Volk auf Generationen hinaus dem englischen, französischen und amerikanischen Kapital tributpflichtig wurde. Wenn wir unterlagen, so hätten nicht die Kapitalisten die Sache zu bejahen, sondern das Proletariat, das arbeitende Volk Deutschlands. Weil wir wünschten, daß Deutschland nicht unterjocht würde, haben wir diese Politik verfolgt, nicht aber, um andere Völker zu unterdrücken. Wir haben vom ersten Augenblick an den Versöhnungsfrieden verlangt ohne Entschädigung und ohne Annexion. Wer verlangte, daß wir von vornherein bedingungslos die Waffen streckten, der verurteilte die deutsche Arbeiterklasse zur Sklaverei. Wir sehen ja, wie es jetzt geht. Deutschland hätte sich niemals anmaßt, Tausende von ausländischen Arbeitern in Deutschland als Sklaven zu behalten; dann würde die deutsche Arbeiterklasse wie ein Mann dagegen protestiert haben. Wir sollten aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen. Wenn aber die Zerstückelung der Arbeiterklasse so weitergeht, dann werden die herrschenden Klassen die lachenden Dritten sein. Deshalb tut Göttingen gut. Alles Trennende muß zurückgestellt werden. (Lebhafter Beifall.)

**Zu der Nachmittagsitzung** wird zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen. Der Berichterstatter **Vriedenau, Wittenberg**, teilt unter anderem mit, daß ein Antrag der Reichskonferenz der Statuten, durch besondere Delegierte auf dem Verbandstag vertreten zu sein, dadurch erledigt sei, daß drei Statuten als Delegierte gewählt seien. Einen Antrag der Jolliterer, den Kollegen **Brinke, Leipzig**, telegraphisch als ihren Vertreter zu ernennt, konnte die Kommission schon mit Rücksicht auf die Kürze der Tagung nicht hatgeben, zumal auch keine die Jolliterer besonders interessierende Frage auf der Tagesordnung stand. Dem Reichsamt müßte wieder ein Jolliterer im Hauptbüreau zu beschäftigen, werde der Verbandsvorstand, wenn sich die Notwendigkeit dazu ergäbe, nachkommen. Die Berliner hatten in der Kommission beantragt, den ordnungsmäßig gewählten Delegierten Gustav Dahlenburg laut Beschluß der Generalversammlung in Berlin das Mandat abzugeben, weil er sich geweigert habe, den Berliner Antrag auf Aufschub Paepflows und Winnigs zu unterstützen. Die Kommission hat das abgelehnt, da die Generalversammlung in Berlin zu einem solchen Beschluß kein Recht habe. Im übrigen beantragt die Kommission, alle Mandate für gültig zu erklären. Der Verbandstag stimmt allen Anträgen der Kommission zu.

**Alldam** wird die Debatte über die **Vorstandsberichte** fortgesetzt.

**Alheim, Essen.** Unsere Zahlstelle hat, ohne von dem Berliner Antrag zu wissen, ebenfalls einen Antrag auf Aufschub Paepflows und Winnigs einstimmig angenommen. (Gört, hört!) Die Kollegen gehen von dem Standpunkt aus, daß der Aufschub den deutschen Geist nicht begriffen hat. Es wird dem Vorstand vorgeworfen, daß er in letzter Zeit arbeitserheblich gewirkt hat. Früher hat man jeden Streit für berechtigt erklärt und die Arbeiter eigentlich verhöhnt, daß sie zu beschließen seien. Heute bezeichnet man die Streiks

als wilde Streiks, als Putsch, und wenn die Kollegen sich solidarisch erklären, wird ihnen die Streikunterstützung abgelehnt. Dadurch werden unsere Kollegen zu Streibrechern erzogen. Winnig wird verantwortlich gemacht für eine Reihe von Artfellen, in denen den Arbeitern vorgeworfen wird, sie schädigten das Baugewerbe durch zu hohe Lohnforderungen; so etwas gehört nicht in ein Arbeiterblatt. Wenn das Baugewerbe nicht in flücht kommt, so sind die hohen Kosten der Baustoffe und die Profite der Unternehmer schuld.

**Riegler, Nürnberg:** Die Ursachen der mangelnden Mitgliederzunahme liegt vor allem in der Herabsetzung der Kollegen dadurch, daß man stets gegen die „Gewerkschaftsbögen“ loszieht. Wir haben auch so einen „Weißheitsbogen“ aus Berlin, der in Nürnberg spartakistische Untriebe verurteilt und sich als Führer der Arbeitslosen aufspielt. (Zuruf: So machen sie es überall!) Diese Leute machen den Arbeitlosen tolle Worte und erklären die Gewerkschaften für überhaupt nicht mehr notwendig. (Sehr wahr!) Dieser Leute lüden aber Mandate zum Verbandstag zu erobern. (Gört, hört!) Wenn wir uns hier gegenseitig zerfleischen, so ist es unmöglich, zu Hause fruchtbare Arbeit im Interesse der Kollegen zu leisten.

**Sedert, Chemnitz:** Daß die Gemüter hier heftig aufeinanderprallen, ist erklärlich; nach dem viereinhalb Jahre langen grausamen Krieg können die Menschen nicht mehr so ruhig sein, um alle Dinge philosophisch zu betrachten. Unsere Chemnitzer Kollegen sind zum allergrößten Teil Kommunisten, aber über schlechte Organisation ist bei uns nicht zu klagen. Es mag sein, daß die Verhältnisse schwieriger liegen, wo mehrere politische Richtungen miteinander ringen, um Einfluß zu gewinnen. Vielleicht wird es auch bei uns anders werden, wenn die Repressalien zur Anwendung kommen, die schon angedroht sind. Während des Krieges hat man schon die ordentliche Gesinnungsschnüffel betrieben. Auf einer Betriebsleiterkonferenz ist beschlossen, daß ein Sparatalkist in Chemnitz nicht vorüber bleiben könnte. Zwei Weltanschauungen stehen gegenwärtig sich gegenüber, die kommunistische und die sogenannte sozialistische. Die eine wünscht die Revolution jetzt unmittelbar zum Ergebnis zu führen, während die andere meint, der Kampf könne jetzt erst weiter fortgesetzt werden an dem Punkte, wo er 1914 beendet wurde. Diese Richtung partiiert mit der kapitalistischen Ordnung und kämpft nicht dagegen. Zum ersten Mal in der Geschichte ist es vorgekommen, daß Führer der revolutionären Klasse sich verbunden haben mit dem Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse. (Zuruf: Ganz falsche Darstellung!) Maschinengewehre und Gasgranaten sind Ihre Argumente. (Lebhafter Zuruf.) Ich habe noch keine Gasgranaten geworfen. (Zuruf: Aber keine Anhänger!) Die Kollegen im Lande sind aufgeregt über die Arbeitsgemeinschaften und über die Verträge, die über ihre Köpfe hinweg abgeschlossen sind. Wenn die Lohnbewegungen vom grünen Tisch aus gemacht werden, so führt uns das ins Verderben. Die Arbeitsgemeinschaften stärken das Unternehmertum, es ist aber die historische Mission der Arbeiter, der durch den Krieg schon bankrotten kapitalistischen Ordnung den Todesstoß zu geben, um sie zu beseitigen. Das habt ihr auf internationalen Kongressen beschworen, noch 1912 im Wiener Minister. Die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen hatte auch ich für notwendig. Aber im „Grundstein“ konnte man während des Krieges lesen, man könne von einem deutschen Arbeiter nicht verlangen, daß er sich mit Engländern und Franzosen an einen Tisch setzt. Im „Grundstein“ hat auch gestanden, daß die Internationalen der Arbeiter in Zukunft nicht mehr die Bedeutung haben können, wie vor dem Kriege, daß sie sich als unzulängliches Instrument erweisen habe. (Zuruf: Das ist auch Tatsache!) Gewiß, aber es kommt darauf an, wer Schuld hat, daß es zur Tatsache geworden ist. Daß unsere Gefangenen zurückkehren, wünscht gewiß jeder von uns, aber es ist bedauerlich, daß die deutschen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie nicht gegen die Zurückführung der russischen Gefangenen in Deutschland protestierten. Man sollte die Errungenschaften der Revolution auch ausnützen, um unsere Organisation auf eine höhere Basis zu bringen. Mit der Berufsverbandschlamperei muß endlich ein Ende gemacht werden. Man muß sehen, mit allen Bauarbeiterorganisationen in ein engeres Verhältnis zu kommen.

Zur Erwidrerung auf die gegen ihn erhobenen Angriffe wird nunmehr dem Kollegen Winnig, der als Gast anwesend ist, das Wort gestattet.

**Winnig:** Ich bin mit der Kriegspolitik des Verbandes in gewisser Hinsicht unzufrieden, habe sie allerdings nicht gemacht, aber sie neben Paepflow und Göttinger sehr oft rednerisch und schriftstellerisch vertreten. Es ist mir daher ein Bedürfnis, heute einige Worte zum Verbandstag zu sagen. Ich fühle mich mit dem Bauarbeiterverband immer noch sehr eng verbunden. Was persönlich gegen mich gesagt worden ist, will ich ignorieren. Ich möchte nur einiges richtigstellen. Wenn heute noch russische Kriegsgefangene innerhalb der deutschen Grenzen sind, so liegt das einfach daran, daß die Entente Deutschland verboten hat, sie herauszulassen. Und selbst als der Versuch gemacht wurde, aus den heute noch bestehenden russischen Gefangenen in ihre Heimat zu überführen, als sie zu Schiff von Viborg nach Moskau oder nach einem finnischen Hafen geschickt werden sollten, haben die Finnen erklärt, jedes solches Schiff unter Feuer zu nehmen, weil man russische Gefangene nicht haben wolle, jedenfalls, weil sie der Auffassung des Kollegen Sedert sehr nahe stehen. Internationalisten sind wir gewiß alle im Grunde unseres Herzens. Bei vielen Worten bedeutet Internationalismus aber weniger Verbündung mit allen Völkern, als vielmehr die Weigerung gegen das eigene Volk. (Sehr wahr!) Weiter die Zukunft der Internationale jetzt zu sprechen, hat wenig Sinn; sie hängt nicht von uns ab, sondern davon, welche Taten drüben geschehen, um Deutschland vor einem Frieden der



